

VP-Praniess-Kastner: Vogel-Strauss-Politik der SP-Stadtregierung in Jugendwohlfahrt fehl am Platz

Utl.: VP-Anger-Koch: Schule muss als Schnittstelle zwischen Familien und Jugendamt genutzt werden =

Wien (VP-Klub) - Die medialen Berichte und Diskussionen in der Öffentlichkeit zum tragischen Thema Kindesmisshandlung haben zu einer breiten Debatte darüber geführt, ob die Organisation der Wiener Jugendwohlfahrt eigentlich noch zeitgemäß ist. Nur die Wiener Stadtregierung scheint davon völlig unbeeindruckt und unberührt. Bis jetzt gibt es zu diesem sensiblen Bereich keine Stellungnahme eines Regierungsmitgliedes. LAbg. Praniess-Kastner, VP-Mitglied im Wiener Sozialausschuss: "Eine derartige Vogel-Strauss-Politik der SP-Stadtregierung ist hier absolut fehl am Platz. Was muss denn noch passieren, damit die verantwortlichen SP-Stadträtinnen Wehsely und Laska endlich aufwachen?"

Zwtl.: Wiener Jugendwohlfahrt braucht zusätzliches Personal

Vernachlässigung von Kindern und Kindesmisshandlung ist oftmals die Folge aus einem Mix von Not und Überforderung. Vätern und Müttern kann mit Beratung, Unterstützung und Betreuung geholfen werden. In Wien hat die MA 11 - das Amt für Jugend und Familie - einerseits für die Unterstützung von Familien und andererseits für die Wiederherstellung und Absicherung des Kindeswohls zu sorgen. Die Politik muss dabei für die bestmöglichen Rahmenbedingungen sorgen. "Die Bevölkerung ist hinsichtlich Kindesmisshandlung hoch sensibel geworden. Heute werden ungleich mehr Fälle gemeldet, als noch vor einigen Jahren. Waren es im Jahr 2001 noch 5.000 Fälle, so sind es nunmehr über 11.000 pro Jahr. Dies verlangt einfach zusätzliches Personal. Mindestens 36 zusätzliche SozialarbeiterInnen, zwei für jede Wiener Regionalstelle der MA 11, wären fürs Erste schon ausreichend", so Praniess-Kastner. Auch die Gewerkschaft habe bereits eine derartige Forderung gestellt.

Zwtl.: Wiederherstellung der Verbindungsdienste zwischen Jugendwohlfahrt und Gemeindespitäler in Wien gefordert

Die Verbindungsdienste in den Kinder- und Jugendabteilungen der Wiener Gemeindespitäler wurden 2004 personell massiv zurückgenommen.

"Es ist notwendig, dass diese Personalkürzung sofort zurückgenommen wird. Schon zehn SozialarbeiterInnen in Wiens Gemeindespitälern würden Verbesserungen bringen. Dann könnten Misshandlungsfälle früher erkannt und ohne Informationsverlust sofort notwendige Maßnahmen eingeleitet werden", so Praniess-Kastner.

Zwtl.: Probleme der Wiener Jugendwohlfahrt seit Jahren bekannt

Jedes Jahr wieder weisen Berichte der Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft oder vom Wiener Kontrollamt auf die Strukturängel in der Wiener Jugendwohlfahrt hin. "Die Strukturen wurden aber von der zuständigen Stadtregierung nie angepasst und jene notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen werden beharrlich verweigert", kritisiert LAbg. Ines Anger-Koch, Familiensprecherin der ÖVP Wien.

Die Schule sei ein System, in dem mögliche Verhaltensauffälligkeiten von Kindern und Jugendlichen oder auch äußerliche Anzeichen von Vernachlässigung oder Misshandlung erkannt werden könnten. Daher müssen als zentrale Forderung einer zeitgemäßen Jugendwohlfahrtspolitik vor allem die Pflichtschulen mit dem Amt für Jugend und Familie besser verbunden werden. "In Wien muss es einerseits viel mehr SchulpsychologInnen und andererseits SchulsozialarbeiterInnen an sämtlichen Schulstandorten geben", fordert Anger-Koch: "Zusätzlich muss die Stadtregierung dafür sorgen, dass Schulmediation flächendeckend an allen Wiener Pflichtschulen angeboten wird."

Rückfragehinweis:

ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien
Tel.: (++43-1) 4000 / 81 913
Fax: (++43-1) 4000 / 99 819 60
mailto:presse.klub@oevp-wien.at

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0177 2007-12-12/12:18

121218 Dez 07

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20071212_OTS0177